



Foto: Heinz Wianschitz

VERMARKTUNG GANZ DIREKT

Wie sich Strom aus erneuerbaren Quellen
im Rahmen des neuen EEG verkaufen lässt

KLIMASCHUTZ

Auf diese Förderungen können
sich Kommunen einstellen

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Warum Bürger vermehrt auf
das Thema Nahwärme setzen



Liebe Leserin, lieber Leser,

im allgäuer Örtchen Bedernau haben Scheichs in Lederhosen nach 15 Jahren Pause wieder damit begonnen, nach Erdöl zu bohren. Stetig treiben sie den Meißel immer tiefer in die Erde hinein, Dutzende Meter schaffen sie pro Tag. „Durch den gestiegenen Ölpreis und effizientere Fördermethoden lohnt es sich, wieder in alte Ölfelder zu investieren“, zitiert das Handelsblatt den Sprecher der bohrenden BASF-Tochter Wintershall, Mark Krümpel. Die Erkundung lässt sich das Unternehmen mehrere Millionen Euro kosten – bei positivem Ergebnis könnte es in zwei Jahren wieder Erdöl made in Bavaria geben. „Wir sind voll vom Ausland abhängig“, zitiert das Handelsblatt den Allgäuer Matthias S., „wenn die uns den Ölhahn zudrehen, ist es gut, wenn wir selbst etwas haben“. Ja, Herr S., heizen Sie denn immer noch mit Öl? Da gibt es aber bessere Alternativen (Seite 7 bis 9). Auch ihr Nachbar Franz Z. scheint nicht optimal informiert zu sein. Der weiß von früheren Bohrungen zu berichten: „Das lief immer ganz ruhig ab und hat nie Probleme bereitet.“

Nie Probleme bereitet? Warum nur haben sich gerade mal wieder die Staats- und Regierungschefs – abgesehen von Angela Merkel – in New York zum UN-Klimagipfel getroffen? Haben Sie da eine vage Vermutung, Herr Z.?

Barbara Frey

Neue Fördergelder für Klimaschutz

Die Kommunalrichtlinie, die am 15. September im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde, wird künftig nur noch alle zwei Jahre überarbeitet. Die Opposition im Bundestag kritisiert, dass bislang wenig Fördermittel in die neuen Bundesländer abfließen.

Die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“, kurz: „Kommunalrichtlinie“ (KLR) unterstützt Kommunen bei Projekten im Bereich Klimaschutz. Die bisherigen Schwerpunkte ändern sich mit der aktuellen Novelle nicht: Gefördert wird weiterhin eine Einstiegsberatung für Kommunen, die Erstellung von Klimaschutz (teil-)konzepten sowie Klimaschutzmanagement. Auch Energiesparmodelle in Schulen und Kindertagesstätten sowie investive Maßnahmen in Klimaschutztechnologien und nachhaltige Mobilität finden sich weiterhin in der KLR. Damit die Städte und Gemeinden diese besser auf ihre Haushalts-, Investitions- und Personalplanungen abstimmen können, wurde die Laufzeit auf zwei Jahre umgestellt. Jeweils vom 1. Januar bis 31. März 2015 und 2016 wird das Antragsfenster geöffnet sein. Energiesparmodelle an Schulen und Kindergärten sowie Zuschüsse fürs Klimaschutzmanagement können ganzjährig beantragt werden. Bei ausgewählten Klimaschutzmaßnahmen müssen nur noch 70 statt 80 Prozent CO₂ reduziert werden, allerdings verringert sich die Förderung auch auf 20 000 Euro.

Den „anhaltend geringen Abfluss von Klimaschutzfördermitteln in die neuen Bundesländer“ kritisiert die Fraktion Die Linke in ihren Kleinen Anfrage. (Drucksache 18/2475). Nur sieben Prozent der von 2008 bis 2013 verteilten Fördermittel in Höhe von 128 Millionen Euro seien in die neuen Bundesländer einschließlich Berlin geflossen – obwohl der Anteil der Ostdeutschen an der Gesamtbevölkerung bei etwa 17 Prozent liege.

Deutlich wird das Ungleichgewicht auch in der Antwort (18/2456) auf eine Kleine Anfrage (18/2346) von Bündnis 90/Die Grünen: 77 geförderten nordrhein-westfälischen und 58 bayerischen Klimaschutzmanagern stehen lediglich ein sächsischer und zwei thüringischer Kollegen gegenüber. [baf Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz](mailto:baf@service-und-kompetenzzentrum.de)
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, skkk@klimaschutz.de,
Tel. 030 39001-170, <http://kommunen.klimaschutz.de>

IMPRESSUM

Verlag:

Guido Bröer & Andreas Witt GbR
Bültestraße 70 b
32584 Löhne
Tel. (05731) 83460
Fax (05731) 83469
www.solarthemen.de
redaktion@solarthemen.de

Redaktion:

Barbara Frey (CvD)
Andreas Witt
Guido Bröer (verantw.)

Lektorat:

Kai-Uwe Dosch

Druckerei:

Kurt Eilbracht GmbH & Co. KG
Gohfelder Straße 45, 32584 Löhne

Layout:

Michael Helmer

Anzeigen und Beilagen:

Arndt Klöckner, Berlin
Tel. (0170) 4944794

Ute Meyer-Heinemann

Tel. (0176) 42068868

Energiekommune-Abo:

59,- Euro pro Jahr für zwölf Ausgaben.

ISSN: 2195 - 8742



Foto: Barbara Frey

Pilotausschreibungen für PV-Parks: Doch kein Bebauungsplan nötig

Die Idee, für Ausschreibungen von Photovoltaik-Freiflächenanlagen die Aufstellung eines Bebauungsplans vorauszusetzen, ist offenbar vom Tisch.

Ursprünglich hätte dies die wichtigste Hilfestellung für kleinere Projekte mit lokaler Investorenstruktur sein sollen. (vgl. Energiekommune 8/14). Allerdings wurde die Idee sowohl von Vertretern der klassischen Energiewirtschaft als auch dem Bündnis Bürgerenergie (BBEn) abgelehnt: Dies würde die über Eigenkapital zu finanzierenden Vorlaufkosten vor der Auktion weiter erhöhen, so das BBEn. Das Bündnis ist sich mit dem Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) und dem Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) einig, dass bei jeder Ausschreibungsrunde ein eigenes Segment von mindestens einem Viertel der PV-Leistung für Bürgerenergieprojekte reserviert werden sollte. Sollte eine lokale Initiative beim Bieterverfahren nicht zum Zuge kommen, so wünschen sich die Verbände für sie ein Recht auf Rückzahlung vergeblicher Planungskosten. Schließlich fehle es ihnen im Gegensatz zu überregionalen Akteuren an Möglichkeiten zur Risikostreuung. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hält Sonderregelungen für kleine Projekte für nicht erforderlich: „Sie würden die Komplexität der Ausschreibung deutlich erhöhen.“ Einig ist sich der BDEW mit dem BSW allerdings, dass mit den Ausschreibungen die bisherige Beschränkung von PV-Parks auf Konversionsflächen und Randstreifen von Autobahnen und Bahnlinien entfallen solle. [gb](#)
[Alle 90 Stellungnahmen zu den Mitte Juli vom Bundeswirtschaftsministerium vorgestellten Eckpunkten sind im Internet nachzulesen unter: \[www.bmwi.de\]\(http://www.bmwi.de\)](#)

Kabinett beschließt umstrittenes Elektromobilitätsgesetz

Das Kabinett hat am 24. September das Elektromobilitätsgesetz verabschiedet. Es soll im Frühjahr 2015 in Kraft treten und ist bis 2030 befristet.

Das Gesetz soll laut Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zusätzliche Anreize für Elektromobilität schaffen. Es betrifft reine Batterie-Elektrofahrzeuge und von außen aufladbare Hybridfahrzeuge mit einer Kohlendioxidemission von

höchstens 50 Gramm pro km oder einer rein elektrischen Mindestreichweite von mehr als 30 Kilometern sowie Brennstoffzellenfahrzeuge.

Im Inland zugelassene Autos sollen eine Kennzeichnung auf dem Kfz-Schild erhalten. Für im Ausland zugelassene Fahrzeuge soll es eine Plakette geben, die ihnen dann dieselben Rechte einräumt. Dazu kann etwa die Benutzung einer Busspur oder eines kostenlosen Parkplatzes gehören. Ob es dazu aber tatsächlich kommt, ist dahin gestellt, denn das Gesetz überlässt es den Kommunen, diese Privilegien einzuführen.

Und die hatten sich im Vorfeld, ebenso wie mehrere Energie- und Umweltverbände, durchaus kritisch zu dem Gesetzentwurf geäußert. (vgl. Energiekommune 9/14) „Die Förderung der E-Mobilität sollte Baustein einer umfassenden Verkehrswende in Deutschland sein“, forderte auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) anlässlich des vom Kabinett beschlossenen Gesetzes. [baf](#)

Biomüll hochwertig verwerten

Das Bundesumweltministerium fördert ein neues Verfahren zur Vergärung von Bioabfall.

Dazu erhält die RSB Bioverwertung Hochfranken GmbH rund 2 Millionen Euro aus dem Umweltinnovationsprogramm. Dank einer mehrstufigen Nassvergärung sollen bis zu 30 Prozent höhere Gaserträge erzielt werden. Das erzeugte Biogas wird in ein Mikrogasnetz eingespeist, der Gärrest soll direkt der Kompostierung und der Erzeugung von Brennstoff- oder Kompost-Pellets dienen. [baf](#)

www.umweltinnovationsprogramm.de/projekte

TERMINE

Lehrgang Kommunaler Klimaschutzberater

Vom 10. bis 14. November 2014 können sich Energieberater, Ingenieure, Architekten sowie Stadt- und Verkehrsplaner in Frankfurt am Main zum Kommunalen Klimaschutzberater fortbilden lassen. In dem Praxislehrgang beschäftigen sie sich unter anderem mit Projektmanagement, kommunalen Strukturen und politischen Rahmenbedingungen. Anbieter ist die DEN-Akademie, die Bildungsinstitution des Deutschen Energieberater-Netzwerks e.V. [baf](#)
www.den-akademie.de

Erläuterungen für Antragsteller

Informations- und Vernetzungstreffen zur Kommunalrichtlinie organisieren das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz und der Projektträger Jülich am 15. Oktober in Berlin und in Stuttgart, am 28. Oktober in Düsseldorf und am 2. Dezember in Rostock. Teilnehmer erhalten Hinweise, wie sie ihre Klimaschutz-Projekte verwalten und Fördermittel optimal nutzen können. Auch lernen sie vielfältige Praxisbeispiele aus dem kommunalen Klimaschutz kennen. [baf](#)

<http://kommunen.klimaschutz.de/foerderung/kommunalrichtlinie/antragsteller-schulungen.html>



Foto: SKICK

Preiswürdig: Kampagne des Landkreises Reutlingen

Regionen, Städte und Gemeinden überzeugen beim Klimaschutz

Die Gewinner beim Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2014“ setzen sich engagiert und ideenreich für den Klimaschutz ein.

Die besten neun Kommunen und Regionen aus 117 Bewerbungen durften sich am 25. September über je 30 000 Euro Preisgeld freuen. In drei Kategorien wurden jeweils

drei gleichrangige Gewinner ermittelt. In der Kategorie „Kommunaler Klimaschutz zur Kooperation“ gewannen der hessische Schwalm-Eder-Kreis sowie die Städte Potsdam und Bonn. In der Kategorie „Kommunales Energie- und Klimaschutzmanagement“ punktete der Landkreis Reutlingen (Baden-Württemberg) mit zwei Kampagnen, die die Belegschaft für mehr Klimaschutz im (Arbeits-)Alltag sensibilisieren sollten. Die „virtuelle Klimawoche“ und die Kampagne „Gib8 auf den Klimaschutz“ sollten Kollegen ansprechen, die beispielsweise noch kein großes Bewusstsein für klimafreundliches Heizen oder Lüften entwickelt hatten.

In der dritten Kategorie „Kommunaler Klimaschutz zum Mitmachen“ wurde unter anderen Kassel für die Durchführung einer klimafreundlichen Großveranstaltung ausgezeichnet. Das beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelte Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz und das Bundesumweltministerium loben den Wettbewerb seit 2009 aus. baf

www.klimaschutz.de/kommunen/wettbewerb2014

Krankenhaus bezieht Wärme aus 700-m²-Kollektoranlage

Vier Kollektorfelder sollen als Jahresertrag 17 Prozent des Energieverbrauchs für Wärme und Kälte eines Krankenhauskomplexes in Georgsmarienhütte liefern.

Seit Betriebsbeginn im März haben die Kollektoren bereits 230 000 Kilowattstunden Sonne geerntet. Bislang ist nur ein Teil der Verbraucher angeschlossen. Der Anbau des Franziskus-Hospitals Harderberg, der Anlass für die Investition ins Heizsystem war, wird erst Mitte November bezogen.

Nachdem ein Blockheizkraftwerk schon in einem frühzeitigen Planungsstadium ausgeklammert worden war, sei die Solarwärme die günstigste Möglichkeit gewesen, die Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes (EEWärmeG) zu erfüllen, so der technische Leiter des Krankenhauses Friedhelm Leisner. Laut Planer Rainer Posselt sei allein der Energiebedarf der Zirkulation in einer Klinik wie dieser so hoch, dass die im EEWärmeG vorgesehenen Ersatzmaßnahmen wie eine dickere Dämmung der Gebäudehülle als Alternative zur Solaranlage nicht in Frage kamen.

Die vom österreichischen Großanlagenspezialist S.O.L.I.D. gelieferten und montierten Kollektoren der Marke ökoTech versorgen zwei Pufferspeicher mit zusammen 55 Kubikmetern, die 100 Meter entfernt von den vorhandenen Heizkesseln im Neubau stehen. Das Trinkwassersystem ist über Frischwasserstationen mit Plattenwärmetauschern mit den Speichern verbunden.

Neben Wärme für Raumheizung und Warmwasser soll die Anlage in Zukunft im Neubau der Klinik auch den Kältebedarf abdecken. gb

Franziskus-Hospital Harderberg, Friedhelm Leisner, Alte Rothenfelder Str. 23, 49124 Georgsmarienhütte, leisner@franziskus.com

LITERATUR/LINKS

Klimaschutz als Weltbürgerbewegung

In seinem Sondergutachten beschreibt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) eine Strategie der „verschränkten Verantwortungsarchitektur“. Um die CO₂-Emissionen aus fossilen Energieträgern spätestens bis 2070 auf Null zu senken, sollten sich internationale Klimapolitik und zivilgesellschaftliche Initiativen „kraftvoll verschränken“. Nach Ansicht des WBGU wachse die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Akteure „rapide“. Im städtischen Raum könne Klimaschutz vor allem gefördert werden, indem Wohn- und Arbeitsorte gemischt und der öffentliche Nahverkehr verbessert würde. Das Gutachten stellt fest, dass sich derzeit ein erheblicher Teil der Klimaschutzprogramme auf Energieeffizienz und Technik und weniger auf Raumplanung oder Verhaltensänderung konzentrierte. baf

www.wbgu.de

Stromsparen als Geschäftsmodell

Stadtwerke und andere Energieunternehmen sollen eine Förderung erhalten, wenn sie etwa in Form effizienter Heizungspumpen oder LED-Leuchten, das Sparen von Energie verkaufen. Haushalte und Unternehmen könnten so bei der Investition in mehr Energieeffizienz entlastet werden, Energieunternehmen könnten wegbrechende Gewinne aus dem Verkauf von Strom wettmachen. Die im Auftrag von Agora Energiewende vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH und der LBD-Beratungsgesellschaft mgH erarbeitete Studie „Energieeffizienz als Geschäftsmodell“ enthält und bündelt weitere Vorschläge zum Stromsparen und wolle, so Agora-Direktor Patrick Graichen, „das Thema aus der Nische holen“. baf

www.agora-energiewende.de

Foto: Green-City e.V. – Andreas Schebesta



Eine Rallye durch die Stadt

Zum ersten Mal bietet der Münchner Umweltverein Green City e.V. eine Rallye an, bei der die ganze Familie gemeinsam den öffentlichen Nahverkehr erkundet.

Während die Kleinen neue Wege zum Tierpark oder dem Schwimmbad entdecken, sollen die Großen merken, wie schnell, sicher und günstig sie die öffentlichen Verkehrsmittel durch die Stadt bringen.

Viel Erfahrung hat Green City bereits mit dem „Mobi-Race“ für Kinder und Jugendliche gesammelt, das der Verein im Auftrag der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) bereits im zehnten Jahr durchführt. Es wendet sich an Schüler der 4. und 5. Jahrgangsstufe. Sie lernen an zwei bis drei Projekttagen Streckenpläne zu lesen und Reiserouten auszuarbeiten. Höhepunkt ist immer eine Rallye durch München mit Bus, Bahn und Tram. Die Schüler erledigen an verschiedenen Stationen kleine Aufgaben.

„Das Projekt hat sich bewährt; weil es auf charmante und fröhliche Art vermittelt, wie man sich gut im Öffentlichen Personennahverkehr zurechtfindet. Nebenbei schont man die Umwelt, weil das Eltern-Taxi in der Garage bleibt“, so Vanessa Mantini von Green City e.V. Auch freuten sich Heranwachsende in dem Alter über jeden Schritt zu mehr Selbstständigkeit. Über 8000 Schülerinnen und Schüler haben bislang am Mobi-Race teilgenommen. Interessierte Schulen können sich noch bis November für das kommende Jahr anmelden. Laut Mantini gebe es meist eine Warteliste, da sich neben den bereits teilnehmenden Schulen immer wieder neue Interessenten meldeten. [baf www.greencity.de](http://www.greencity.de)

Strom aus Energiegenossenschaften bundesweit zu kaufen

Erst vor kurzem sind sie als Ökostromanbieter ins bundesweite Stromgeschäft eingestiegen – nun haben die Bürgerwerke ihre ersten 100 Kunden gewonnen.

Die Bürgerwerke eG ist ein Zusammenschluss von derzeit 20 Bürgerenergiegenossenschaften mit etwa 4100 Mitgliedern. „Unser Ziel ist es, dass wir den von unseren Initiativen vor Ort produzierten Ökostrom auch lokal anbieten“, benennt Felix Schäfer, Vorstand der Bürgerwerke eG, eines der Hauptziele. Dafür wollen die Bürgerwerke in den kommenden Wochen gezielt weitere Energiegenossenschaften ins Boot holen.

Schäfer glaubt, dass Bürgerenergiestrom für viele Bürger einen so großen Wert hat, dass er sie zum Wechsel bewegt: „Wir sprechen neue Kundengruppen an, denen Regionalität und unmittelbare Partizipation wichtig sind“. [Ralf Köpke www.buengerwerke.de](http://www.buengerwerke.de)

Hamburgs Dächer werden grün

Um sich an den Klimawandel anzupassen, entwickelt Hamburg als erste deutsche Großstadt eine „Gründachstrategie“.

Begrünte Dächer halten 50 bis 90 Prozent der Niederschläge zurück, entlasten die Entwässerungssysteme und mindern die Überflutungsgefahr. Auch erschließen sie neue Freiräume und erhöhen die Biodiversität.

Laut Volker Dumann von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ergänzen sich Solaranlagen und Gründächer hervorragend, da Dachbegrünungen die Temperaturen auf dem Dach niedrig halten: „Photovoltaik-Anlagen arbeiten am effektivsten, wenn sie durch die Verdunstungsvorgänge der Begrünung gekühlt, jedoch nicht beschattet werden“, so Dumann. Als Beispiel einer Kombination von Solarthermie, Photovoltaik und Dachbegrünung nennt er den Neubau von Möbel Höffner in Eidelstedt.

Hamburg setzt in neuen Bebauungsplänen regelhaft Dachbegrünungen fest, sofern es sich um geeignete Gebäude handelt. 2015 soll es zudem Zuschüsse für freiwillige Maßnahmen der Dachbegrünung geben. Die Förderrichtlinien würden derzeit abgestimmt, so Pressesprecher Dumann. [baf](http://www.baf.de)

KONGRESS

100%
Erneuerbare
Energie
Regionen



11.+12. NOVEMBER 2014
KONGRESS PALAIS KASSEL

Mut zur Veränderung:
für die dezentrale Energiewende

Jetzt anmelden!
www.100-ee-kongress.de

VERANSTALTER





Foto: © Kara - Fotolia

Biowärme aus Grünschnitt

Die Hochschule Mittelhessen in Gießen erforscht ein Verfahren, das es ermöglichen soll, Grünschnitt in dezentralen Heizwerken ab 1 MW sauber zu verbrennen und thermisch zu verwerten.

Gerade kleinere Kommunen haben oft ein Abfallproblem: Wohin mit Ästen aus Baumschnitt oder dem staubigen Straßenbegleitgrün? Beim Kompostieren bleibt die Energie auf der Strecke.

Landschaftspflegematerial wie Gras in Biogasanlagen zu vergären ist weithin bekannt. Doch was ist mit dem Rest Grünschnitt, das wie Astmaterial zu trocken oder zu grob für die Ver-

gärung ist? Genau für solche „stückig-feucht bis staubig-trockenen, unterschiedlichen Materialien“ entwickelt das Institut für Thermodynamik, Energieverfahrenstechnik und Systemanalyse (THESA) gemeinsam mit Partnern das neue Verfahren, erklärt Prof. Prof. Reinhold Altensen.

Wegen der sehr unterschiedlichen nachwachsenden Rohstoffe im Verlauf des Jahres gelte es „vor allem, die Feuerungstechnik entsprechend abzustimmen: Wir müssen die Emissionswerte in den Griff bekommen“, so Altensen: „Vor allem der Feinstaub ist ein Problem.“

Zwei Jahre haben die Forscher Zeit, bekommen für die Entwicklung die Personalkosten vom Bundeswirtschaftsministerium bezahlt. Die Investition stemmt der Projektpartner, ein Kompostierbetrieb. [Heinz Wraneschitz](#)

[THESA c/o Technische Hochschule Mittelhessen, Wiesenstraße 14, 35390 Gießen, Tel. 0641 309 2135, <http://thm.de/thesa>](#)

Offenburg fördert Mobilitätskultur

Die Stadt Offenburg möchte ein Netz von Mobilitätsstationen aufbauen.



Foto: André Stocker Design

Sie sollen an zentralen Punkten der Kernstadt, in Wohn- und Gewerbegebieten sowie in benachbarten Städten und Gemeinden entstehen. Die Stationen sollen eine neue Mobilitätskultur fördern, etwa den Trend „Nutzen statt besitzen“. Die Stadt erwartet zudem weniger Schadstoffemissionen und eine Entlastung im ruhenden Verkehr. Im Durchschnitt betrage die Auslastung von Privatfahrzeugen etwa 5 Prozent – das heißt, 95 Prozent der Zeit nehmen sie wertvolle Parkfläche in Anspruch.

Das Konzept umfasst alle Verkehrsträger. Elektro-Kraftfahrzeuge und Fahrräder sollen an den Stationen ausgeliehen werden können, auch an Sonderfahrzeuge wie Lastenpedelecs oder Fahrradanhänger wird gedacht. Die Stationen sollen in unmittelbarer Nähe zu Haltestellen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs liegen. Sie werden mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt, da Studien nachgewiesen hätten, dass Elektromobilität nur dann die gewünschten Umwelteffekte erzielen kann.

Laut Fachbereichsleiter Tiefbau/Verkehr Andeas Demny wird das Projekt demnächst ausgeschrieben. „Wir warten nur noch auf die Zusage eines Fördermittelgebers“, so Demny. Neben dem Energiedienstleister badenova wollen das Bundesumweltministerium sowie die baden-württembergischen Ministerien für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie für Verkehr und Infrastruktur das Projekt fördern. [baf](#)
www.offenburg.de

NOTIZEN

Qualifizierte kommunale Energiewirte

Mitte September erhielten in Bayern 42 Absolventinnen und Absolventen des einjährigen Qualifikationsprojektes „Kommunaler Energiewirt“ ihre Auszeichnungen. „Wir ziehen nach der Pilotphase eine positive Bilanz und werden das Projekt weiter fortführen“, verkündete aus diesem Anlass die bayerische Energieministerin Ilse Aigner. Der Lehrgang richtet sich an Mitarbeiter und Entscheidungsträger in Kommunen und vermittelt Inhalte, „die zur Umsetzung der Energiewende vor Ort von Bedeutung sind“. Er besteht aus sieben dreitägigen Seminaren und einer Projektarbeit. Für bayerische Kommunen übernimmt das Bayerische Wirtschaftsministerium, das das Projekt gemeinsam mit der Bayerischen Verwaltungsschule veranstaltet, die Kosten in Höhe von 3255 Euro. Die nächste Qualifikation startet im Frühjahr 2015. [baf](#)
www.stmwi.bayern.de

Holz pro Klima

Den nordrhein-westfälischen Kommunalwettbewerb „Holz-ProKlima“ entschied die Gemeinde Nettersheim für sich und wurde dafür am 25. September von NRW-Umweltminister Johannes Remmel geehrt. „Zahlreiche Beispiele in der Gemeinde veranschaulichen im stofflichen und energetischen Bereich, wie die klimapositiven Potentiale des Zukunftsstoffes Holz umfassend genutzt werden können“, heißt es in der Begründung. Den dritten Preis erhielt die Stadt Lohmar für ihre innovativen Holzbrücken. [baf](#)
www.holzproklima.de



Foto: Barbara Frey

Genossenschaftliche Nahwärme

Immer mehr Bürger-Energiegenossenschaften interessieren sich für das Thema Nahwärme. Nicht zuletzt deshalb, weil die Zeiten für neue Bürger-Wind- und -Solarparks unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen schwerer geworden sind.

Die meisten der rund 900 Bürgerenergiegenossenschaften, die in den vergangenen Jahren entstanden sind, betreiben Photovoltaik- oder Windkraftanlagen. Aber bei der jüngsten Umfrage des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes gab immerhin jede fünfte Energiegenossenschaft auch die Wärmeerzeugung beziehungsweise den Betrieb eines Wärmenetzes als Geschäftsgegenstand an.

Der Klassiker ist dabei das Bioenergiedorf. Eine Biogasanlage finanziert sich über die Einspeisung von Strom, und die Abwärme steht kostengünstig für nahegelegene Abnehmer zur Verfügung. Die Bürger schließen sich zusammen, bauen und betreiben ein Wärmenetz. In den meisten Fällen tun sie dies als Genossenschaft, die dann ihre Mit-

glieder preiswert und kostenstabil mit Wärme versorgen kann.

Dieses Modell erlebte vor allem in ländlichen Bereichen einen kleinen Boom. Und es funktioniert auch vor allem dort, weil die Leute sich in den Dörfern kennen und bereit sind, als Dorfgemeinschaft etwas auf die Beine zu stellen.

Persönlicher Bezug wichtig

Der persönliche Bezug und das Vertrauen sei ganz wichtig, gerade wenn es bei den Nahwärmeprojekten darum gehe, dass Hausbesitzer ihre individuelle Wärmeversorgung aufgeben, um sich ans Netz anzuschließen, sagt Robert Werner, Geschäftsführer des Hamburg Instituts: „Energiegenossenschaften sind dann erfolgreich, wenn sie von ei-

nem individuellen persönlichen Engagement getragen werden.“

Dies sieht auch Heiko Huther vom Fernwärmeverband AGFW als die Stärke der Genossenschaften an. Und obwohl sein Verband heute vor allem klassische Wärmenetzbetreiber wie Stadtwerke und Regionalversorger vertritt, sieht er in den Genossenschaften keine Konkurrenz, sondern er würde sich freuen, „wenn aus dieser Richtung ein Schub für den Neubau von Wärmenetzen käme“. Der Netzausbau sei klimapolitisch wichtig, so Huther, „denn mit Wärmenetzen lassen sich erneuerbare Energien viel effizienter in die Wärmeversorgung integrieren“. Gerade bei der Anwendung neuer Technologien, beispielsweise der solaren Nahwärme, traut Huther den Genossenschaften eine Antriebsfunktion zu.

Robert Werner bestätigt diese Einschätzung: „Genossenschaften können sich technologisch fortschrittlicher ausrichten als ein bestehendes Stadtwerk. Neue Technologien haben sich immer über neue Strukturen durchgesetzt.“



Foto: Barbara Frey

Allerdings sieht Huther Stadtwerke und Energiegenossenschaften gerade bei der Nahwärme als natürliche Verbündete. Denn Stadtwerke sind dort stark, wo die Genossenschaften mit ihren zumeist ehrenamtlichen Strukturen an ihre Grenzen kommen. Huther: „Für Genossenschaften, die bislang im Wind- oder Photovoltaikbereich aktiv sind, ist die technische Betriebsführung sehr einfach. Im Wärmebereich ist das viel komplexer.“

Stadtwerke zur Unterstützung

Hinzu kommen Themen wie Abrechnung mit Wärmekunden und 24-Stunden-Rufbereitschaft, weil die Kunden bei Betriebsstörungen nicht lange im Kalten sitzen sollten. „Hier können Stadtwerke unterstützend tätig werden“, sagt Huther.

Der Volkswirt und Soziologe Burghard Flieger, der mit seiner innova eG bundesweit Energiegenossenschaften berät und ausbildet, weiß deshalb von mehreren Stadtwerken, die ihre Dienstleistungen

Genossenschaftlern aktiv anbieten. An einer Stelle müsse man allerdings aufpassen. Die Genossenschaften dürften nicht den Fehler machen, sich den Betrieb des Wärmenetzes vollständig aus den Händen nehmen zu lassen. Sonst drohen sie unter das novellierte Kapitalanlage-Gesetzbuch (KAGB) zu fallen. Und damit kämen kaum zu erfüllende Transparenz- und Professionalisierungspflichten auf sie zu, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eingefordert werden. Nur überwiegend operativ tätige Genossenschaften genießen gegenüber anderen Kapitalanlagegesellschaften eine Ausnahme im Gesetz. „Zumindest muss der Dienstleistungsvertrag kündbar sein“, nennt Flieger als wichtiges Kriterium.

„Die Auslagerung der operativen Betriebsführung ist für eine Genossenschaft nicht unproblematisch“, bestätigt auch Christoph Gottwald vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband. „Es ist aber so

lange für die BaFin in Ordnung, wie Kontroll- und Weisungsrechte bei der Genossenschaft verbleiben.“

Gottwald beobachtet in seinem Verband, der etwa 100 Energiegenossenschaften betreut, ein zunehmendes Interesse am Thema Nahwärme. „Im Biogasbereich wird es aber nach dem neuen EEG nicht mehr viele Neugründungen geben“, glaubt er. Da das novellierte Gesetz nur noch 100 MW an jährlichem Zubau von Biogasanlagen anstrebt, werde sich das Interesse im ländlichen Raum wohl eher in den Bereich der Holzhackschnitzelfeuerungen verlagern.

Mikrowärmenetze

Auch in Ballungszentren sieht Burghard Flieger allerdings neue Betätigungsfelder für Genossenschaften. Im Altbaubestand könnten so genannte Mikrowärmenetze, die mehrere Häuser an ein BHKW anschließen, auf genossenschaftlicher Basis entstehen. Die Freiburger Solar-Bürger-Genossenschaft, in der Flieger selbst als Vorstand wirkt, realisiert derzeit gerade ihr zweites BHKW-Projekt im Altbaubestand.

Solche Projekte mit 40 bis 80 Wohneinheiten ließen sich allerdings nur von bestehenden Genossenschaften rentierlich betreiben, meint Flieger: „Als alleiniges Projekt rechnet sich das nicht, weil die Overhead-Kosten zu hoch sind. Man braucht dann schon mehrere Projekte dieser Art.“ Ähnlich sehe es im Neubaubereich aus. In einer neuen Ökosiedlung sieht Flieger Genossenschaften aber durchaus in der Rolle des Vollversorgers mit Strom und Wärme. Nachteil für den Versorger ist allerdings, dass dort im Vergleich zu Altbauten wenig Wärme verbraucht wird. Der Vorteil gegenüber dem Altbau: Die Rohre können im Rahmen der allgemeinen Tiefbauarbeiten verlegt werden – das spart viel Geld.

Abwärme nutzen

Das Gegenteil eines Mikronetzes hat die BEG-SW Bürgerenergiegenossenschaft in Siegen ins Visier genommen. 20 Megawatt verpuffen dort

bislang am Schmelzofen der Deutschen Edelstahlwerke. Die Wärme könnte genutzt werden, wenn es in Siegen ein Fernwärmenetz gäbe. Und genau dies möchte die Genossenschaft, die bislang eine Million Euro in Photovoltaikanlagen investiert hat, bauen und betreiben. Derzeit entsteht dafür eine Machbarkeitsstudie. In der bereits gebildeten Projektgesellschaft wirken neben der Genossenschaft unter anderem auch die Stahlwerke, die Sparkasse und die Siegener Versorgungsbetriebe SVG mit.

Genossenschaftsvorstand Jochen Grisse sieht klar die Grenzen der von ihm und seinen Mitstreitern ehrenamtlich geführten eG: „Dieses Projekt allein durchzuführen, wäre schwierig. Da braucht man schon Industriepartner.“

Am Beispiel Siegen zeigt sich aber auch, welche Stärken eine Genossenschaft in Nahwärmeprojekte einbringen kann. Neben dem großen Engagement sind dies vor allem auch finanziell größere Spielräume. Auch das Stahlwerk hatte bereits früher Nutzungsoptionen für die Abwärme geprüft. Gescheitert waren sie an Amortisationszeiten von 7 bis 8 Jahren, was aus Sicht der Konzernleitung zu lang gesehen wäre.

Hoher Margendruck

Stadtwerke haben dieses Problem zwar nicht. Sie sind es gewohnt, mit viel längeren Amortisationszeiträumen zu kalkulieren. Ihr Maßstab ist aber die Höhe der internen Verzinsung des eingesetzten Kapitals. „Der Margendruck auf die Stadtwerke ist hoch“, sagt Robert Werner. Und er verweist auf die Erwartung aus der Kommunalpolitik, dass mit den Gewinnen der kommunalen Energieversorger Schwimmbäder und der öffentliche Nahverkehr quersubventioniert werden. Während die Genossenschaft von Burghard Flieger bei ihren Mikro-Wärmenetzen eine jährliche Rendite von 3 Prozent anstrebt, liegt die Erwartung der meisten klassischen Energieunternehmen deutlich höher. In den typischen Bioenergie-dörfern, in denen

die Genossen ihre eigenen Wärmekunden sind, geht es ohnehin nicht um Rendite. „Die wollen nur eine schwarze Null und dauerhaft günstige Energie“, sagt Christoph Gottwald.

Er weist in diesem Zusammenhang auf einen weiteren Vorteil der Genossenschaft hin. Nur sie dürften nach § 22 des Körperschaftssteuergesetzes eine steuerfreie Warenrückvergütung vornehmen. Sie können also im Laufe des Jahres einen leicht über den Gesteungskosten liegenden Wärmepreis nehmen und die Überschüsse am Jahresende an die Genossen steuerfrei zurückzahlen.

Kleinteiligkeit als Nachteil

Hat die genossenschaftliche Organisationsform also nur Vorteile für die Bürgerenergie-wende im Wärmebereich?

Robert Werner, der vor seiner Selbstständigkeit mit dem Hamburg Institut Geschäftsführer der Greenpeace Energy eG war, möchte das nicht uneingeschränkt unterschreiben: „Ein Nachteil der typischen Energiegenossenschaften ist oft ihre Kleinteiligkeit. Gerade wenn es um so kapitalintensive Projekte wie Nahwärmenetze geht, benötigen sie neben den Genossenschaftsanteilen eine Fremdfinanzierung.“ Banken täten sich – ebenso wie andere institutionelle Kooperationspartner – mit ehrenamtlichen geführten Genossenschaften aber häufig schwer. Zu viel hänge ihnen dort von engagierten Personen ab, die irgendwann ausscheiden könnten.

Auch Flieger hat diese Erfahrung bei genossenschaftlichen Nahwärmeprojekten gemacht. Anders als bei EEG-vergüteten Solar- oder Windparks würden die Banken hier möglicherweise keine Projektfinanzierung, sondern nur eine Unternehmensfinanzierung anbieten. In solch einem Fall gebe es die Möglichkeit, das die Genossenschaft für das Nahwärmeprojekt eine GmbH gründet. Solange es bei nur einer GmbH bleibe, mache die BaFin hier keine Probleme. Sobald es mehrere werden, kann die Genossenschaft allerdings nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 KAGB in den Genuss ei-

ner so genannten Holding-Privilegierung kommen. Sie muss dazu nachweisen, dass ihr Geschäftszweck die Förderung des langfristigen Wertes des Tochterunternehmens ist.

Über eine solche Holding-Privilegierung verfügt die Deutsche Bürger-Energie e.G. (DBE) in Nürnberg, die bundesweit ein Dutzend großer Photovoltaikparks realisiert hat und derzeit am Einstieg in den Wärmemarkt arbeitet. Die DBE ist ein Beispiel für eine große, mit hauptamtlichem Management arbeitende Energiegenossenschaft. Vorstand Mario Fürst rät allen Mitstreitern, die angesichts der aktuellen Schwierigkeiten im Photovoltaik-Projektgeschäft jetzt mit dem Einstieg in die Nahwärme liebäugeln, zu einem selbstkritischen Blick auf die eigenen Strukturen: „Man sollte genau prüfen, ob die Genossenschaft alle Vorgaben, die die aktuelle Gesetzeslage fordert, auch mit Blick auf ein Nahwärmeprojekt erfüllen kann.“

Viel Selbstbewusstsein

Die Anfang 2014 gegründete Energiegenossenschaft Föhr traut sich dies allemal zu. Ihr Ziel ist kein geringeres als das Strom-, das Gas und das Wärmenetz der Nordsee-Insel zu kaufen und selbst zu betreiben. Die Genossen haben auch keine Scheu, sich dafür mit einem großen Wärmerversorger wie E.ON Hanse Wärme zu messen, der auf Föhr durchaus innovativ agiert. Er öffnete sein Netz jüngst als Speicher für überschüssige BHKW-Wärme. So können Unternehmen ihre BHKW stromgeführt fahren, ohne dass sie ihr schwankender Wärmebedarf dabei stört.

Das ein Bürger-Nahwärmenetz grundsätzlich für jeden Einspeiser offen sein sollte, betont auch die Solarcomplex AG in Singen. Das Pionierunternehmen zeigt, das Bürgerwärme auch in anderen Rechtsformen als der Genossenschaft organisiert werden kann. Seinerzeit für den Betrieb von Bürger-Photovoltaikanlagen gegründet, hat diese Aktiengesellschaft seit 2006 rund ein Dutzend Bioenergie-Dörfer in der Bodensee-Region realisiert.

G. Bröer



Foto: fotolia - © Geisch

Grünstrom ganz direkt

Verkaufen im Rahmen des neuen EEG

Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verabschiedet sich die Bundesregierung Stück für Stück vom System der Einspeisevergütung. Anlagenbetreiber sollen sich der so genannten Direktvermarktung zuwenden. Doch der wirklich direkte Verkauf ist selten.

Die Energiegenossenschaft NEW – Neue Energien West eG im bayerischen Grafenwöhr hat eine Lösung unabhängig vom EEG gesucht. In Kooperation mit dem Grünstromwerk vermarktet sie Ökostrom, in den auch Solarstrom aus einer eigenen Freilandanlage einfließt. Im Jahresdurchschnitt stammt 25 Prozent des Stroms von der PV-Anlage, der Rest kommt von Wasserkraftanlagen in Skandinavien.

Für das Grünstromwerk ist es bereits das zweite Projekt dieser Art. Geschäftsführer Tim Meyer erklärt das Geschäftsmodell. Gezahlt werde für den Solarstrom etwas mehr als die EEG-Vergütung. Das sei zwar mehr, als Ökostrom aus dem Aus-

land koste, dennoch könne in einer Mischkalkulation ein attraktiver Strompreis geboten werden. Zumal, so Meyer, auf teures Marketing und einen großen Verwaltungsapparat verzichtet werde. Wichtig sei allerdings die Mund-zu-Mund-Propaganda der beteiligten Energiegenossenschaften für ihr regionales Stromprodukt.

Eine ähnliche Lösung wählen auch einzelne andere Unternehmen. So hat die in.power GmbH 2012 das Tochterunternehmen grün.power GmbH gegründet, um regionale Stromangebote aufzubauen, berichtet in.power-Geschäftsführer Josef Werum. Etwa 15 Prozent stamme bei deren Stromprodukt aus deutschen Windkraftwerken, der Rest aus Wasser-

kraft. Solarstrom könne eventuell später integriert werden.

Jedoch haben sich mit dem neuen EEG die rechtlichen Voraussetzungen für regionale Stromangebote verschlechtert und nicht verbessert. Bis Ende Juli konnten sie noch das Grünstromprivileg nutzen und von einer um 2 Cent verringerten EEG-Umlage profitieren.

Zehnjährige Preisgarantie

Die Asselner Windkraft GmbH & Co. KG war eines der ersten und bundesweit wenigen Unternehmen, die das Grünstromprivileg nutzten, um Bürgern in der Heimatregion Windstrom von Anlagen vor Ort zu verkaufen. Noch 2011 versprach Geschäftsführer Johannes Lackmann den Kunden sogar eine zehnjährige Preisgarantie. „Und daran halten wir uns auch“, so der Windkraftpionier gegenüber Energiekommune. Leider habe sich die Gesetzeslage dann aber rasch geändert. Noch 2012 sei für das

Stromangebot gar keine EEG-Umlage fällig gewesen, erklärt Lackmann, denn in dem Jahr hätten die Windmüller noch eine Übergangsregelung beanspruchen können. Ab 2013 sei dann die vollständige Befreiung von der EEG-Umlage weggefallen und das Unternehmen habe die um 2 Cent/kWh reduzierte Umlage zahlen müssen. Und seit dem 1. August muss auch die Asselner Windkraft die komplette EEG-Umlage zahlen. Damit kippe die wirtschaftliche Kalkulation, so Lackmann.

Strom wird grau

Er will weiter Strom aus der Region vermarkten. Allerdings muss die WestfalenWIND GmbH, bei der Lackmann ebenfalls Geschäftsführer ist, dafür nun eine andere Strategie wählen. Ohne Grünstromprivileg sei der Strom aus dem Windpark zu teuer, um ihn in ein Stromprodukt zu integrieren. Es bleibe daher – jedenfalls bislang – nur die „geförderte Direktvermarktung“ nach dem EEG. Dabei will Lackmann mit der Clean Energy Sourcing AG (Clens) als einem der Direktvermarkter kooperieren.

Laut EEG 2014 soll diese „Direktvermarktung“ bald die Regelförderung sein. Der Erlös für die Anlagenbetreiber soll in etwa der Höhe der Einspeisevergütung entsprechen, setzt sich aber aus den Verkaufserlösen und einer Prämie zusammen.

Ab dem kommenden Jahr fällt bei allen neuen Anlagen ab 500 kW die Einspeisevergütung weg, ab 2016 bei allen neuen Anlagen ab 100 kW. Anlagenbetreiber haben dann im Regelfall vier Möglichkeiten:

1. die „geförderte Direktvermarktung“, wie sie Lackmann für den Windpark nutzen will,
2. die sonstige Direktvermarktung, wie dies bei der NEW – Neue Energien West eG der Fall ist,
3. den Eigenverbrauch des Stroms oder
4. die Belieferung von Dritten in unmittelbarer Nähe einer Anlage.

Dabei ist der im EEG definierte Begriff der geförderten Direktvermarktung irreführend, denn dieser Stroms wird eben nicht direkt an bestimmte Kunden verkauft, sondern in der Regel an der Börse gehandelt. Er wird in dem Moment zu Graustrom, wo er im Rahmen der Direktvermarktung über die Marktprämie gefördert wird.

Zu teuer ohne Prämie

Auch Lackmann und Clens dürfen in der Region gewonnenen Windstrom lediglich als Graustrom vermarkten, wenn sie auf die Marktprämie zugreifen – ohne die der Windpark aber kaum kostendeckend arbeiten könnte. Allerdings soll der Strom nicht an die Börse wandern, sondern über Clens an Kunden in der Region verkauft werden. Lackmann hofft, dass die Kunden trotzdem verstehen, dass sie regionalen Windstrom kaufen, auch wenn das Produkt nicht so gekennzeichnet werden darf.

Andererseits konkurriert dieses Stromangebot mit Ökostromofferten anderer Anbieter, die ihren Strom von Kohlekraftwerken beziehen, aber zusätzlich Herkunftsnachweise für regenerativ erzeugten Strom zum

Beispiel bei skandinavischen Wasserkraftwerken erwerben. So färben sie den Graustrom grün. Für Kunden ist dies kaum verständlich. Während regionaler Windstrom im Rahmen der geförderten Direktvermarktung grau wird, kann Kohlestrom über Zertifikate von Regenerativ-Kraftwerken im Ausland ergrünen.

Chancen per Verordnung

Energiegenossenschaften, die ihren Strom regional vermarkten wollen, wird dies durch das geltende EEG sowie die Möglichkeit des Zertifikatehandels letztlich erschwert. Denn in diesen Fällen müssen die Stromkunden auch die komplette EEG-Umlage zahlen. Nur, wenn die Bedingungen stimmen, der Einkauf von Wind- oder Solarstrom günstig ist, funktionieren Modelle wie die vom Grünstromwerk und in.power.

Mit Clens, der Naturstrom AG, den Elektrizitätswerken Schönau und der Greenpeace Energy eG drängen deshalb Ökostromanbieter darauf, dass die Bundesregierung eine Verordnungsermächtigung im EEG nutzen soll, die von Abgeordneten noch in letzter Minute ins EEG hineinverhandelt wurde. Sie erlaubt der Bundesregierung, Regeln aufzustellen, nach denen EEG-Strom direkt gehandelt werden könnte, er seinen Herkunftsnachweis behält und keine EEG-Umlage gezahlt werden müsste.

Grünstrom-Markt-Modell

Die genannten Ökostromunternehmen haben ein Grünstrom-Markt-Modell vorgeschlagen. Die Händler könnten Strom aus EEG-Anlagen einkaufen. Der Strommix sowie der Einkaufspreis müssten mindestens dem des EEG entsprechen. Dafür soll die EEG-Umlage entfallen. Dieses Modell bliebe für die Gesamtheit der Stromkunden kostenneutral. Allerdings würde es die Chance zu einem tatsächlich direkten Handel mit Ökostrom aus der Region bieten. Die Regierung ist aber nicht gezwungen, eine solche Verordnung zu erlassen.

Andreas Witt

Was tun?

Betreiber von Regenerativ-Strom-Anlagen, wie zum Beispiel Energiegenossenschaften, können auch jetzt schon ihren Strom – auch außerhalb der „geförderten Direktvermarktung“ – ganz direkt an Kunden verkaufen. Dies funktioniert aber nur, wenn die Stromgestehungskosten gering sind und die Vor-Ort-Vermarktung schnell auf Akzeptanz stößt. Dabei ist es zulässig, den Strom aus einer Anlage auch nur anteilig zu vermarkten.

Ein regionaler Handel mit Ökostrom könnte durch eine Verordnung deutlich erleichtert werden. Die Bundesregierung ist dazu ermächtigt, eine solche Verordnung zu erlassen. Noch ist aber nicht sicher, ob sie diese Möglichkeit auch nutzen will. Daher kann es durchaus sinnvoll sein, wenn diejenigen, die gern ihren Strom regional vermarkten wollen, sich mit den möglichen Modellen befassen und der Regierung ihr Interesse signalisieren.

Viel erneuerbare Energien im Ostallgäu



Dass kaum eine Region die Energiewende so vorantreibt wie der Landkreis Ostallgäu, sagte kürzlich Landrätin Maria Rita Zinnecker bei der Vorstellung eines Forschungsprojektes zur Elektromobilität in Buchloe (siehe Seite 14). „Dafür wurden wir vor kurzem auch Meister der Solarbundesliga“, betonte die Landrätin. Womit sie recht hat: Letztes Jahr noch auf dem vierten Platz, konnten die Ostallgäuer ihre Punktzahl binnen Jahresfrist fast verdoppeln und sicherten sich so den ersten Platz auf der diesjährigen Meisterfeier in Crailsheim. Hilfreich dabei war sicherlich, dass eine so engagierte Kommune wie Rettenbach am Auerberg im Landkreis liegt. Die exportiert nicht nur Solar-, sondern auch Manpower ins Umland: Der Klimaschutzbeauftragte des Landkreises, Johannes Fischer, stammt aus der Gemeinde. **baf**

Was ist die Solarbundesliga:

In der Solarbundesliga wetteifern deutsche Kommunen darum, wer am meisten Solarstrom- und Solarwärmeanlagen pro Einwohner installiert hat. Für Solarthermie und Photovoltaik gibt es einheitlich je 1 Watt/Einwohner 1 Punkt. Die beiden Werte werden addiert, für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Solarstrom und Solarwärme winken zusätzliche Bonuspunkte. Meister in der jeweiligen Kategorie wird, wer dort insgesamt auf

die höchste Punktzahl kommt. Die Solarthemen-Redaktion organisiert den Wettbewerb in Kooperation mit der Deutschen Umwelthilfe. Die Initiative zur Teilnahme geht von Organisationen in den Kommunen selbst aus. Derzeit nehmen 2403 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland an dem Wettbewerb teil. Melden kann seine Kommune jeder, der die Daten glaubhaft belegen kann. www.solarbundesliga.de

Landeswertungen aller Bundesländer im Überblick Saison 2014/15, Stand 25. September 2014

Platz	Pkt.	Kommune	Einw.	Wärme	Strom	
1	6372	Wolpertshausen	2046	0,490	3758,8	Baden-Württemberg
2	5586	Rot am See	5240	0,410	3340,1	
3	5426	Blaufelden	5193	0,364	3329,5	
1	9972	Rettenbach am Auerberg	802	1,182	5054,3	Bayern
2	8286	Niederbergkirchen	1212	1,245	3770,5	
3	7734	Schalkham	873	1,602	2965,6	
1	483	Neuenhagen bei Berlin	17200	0,088	199,6	Brandenburg
2	392	Biesenthal	5525	0,196	65,4	
3	371	Gartz/Oder	2669	0,037	201,7	
1	1432	Edertal	7022	0,346	496,6	Hessen
2	1357	Wolfhagen	13941	0,023	1079,0	
3	1051	Niestetal	10682	0,153	487,7	
1	1214	Techentin	744	0,320	395,2	Mecklenburg-Vorpommern
2	318	Ziegendorf	695	0,102	87,8	
3	304	Ivenack	456	0,000	303,7	
1	2978	Frankenfeld	508	0,294	1617,6	Niedersachsen
2	2193	Gilten	1186	0,473	819,5	
3	1692	Twistringen	12161	0,131	995,4	

Platz	Pkt.	Kommune	Einw.	Wärme	Strom	
1	3239	Saerbeck	7155	0,137	2219,5	Nordrhein-Westfalen
2	3214	Borgentreich	9035	0,104	2319,4	
3	2656	Heiden	8087	0,132	1758,6	
1	9177	Bauler	100	0,030	8320,0	Rheinland-Pfalz
2	5153	Strickscheid	100	0,050	4339,0	
3	4671	Orsfeld	152	0,263	3000,0	
1	1315	Mandelbachtal	11229	0,244	537,8	Saarland
2	1265	Gersheim	6683	0,189	578,4	
3	1190	Blieskastel	21022	0,223	484,2	
1	986	Neustadt/Vogtl.	1077	0,056	630,9	Sachsen
2	667	Delitzsch	26100	0,125	271,0	
3	613	Oederan	8366	0,283	114,5	
1	864	Derenburg	2644	0,014	687,6	Sachsen-Anhalt
2	320	Tornau vor der Heide	485	0,000	319,6	
3	258	Deuben	1134	0,093	64,4	
1	18415	Glüsing	114	0,307	14651,4	Schleswig-Holstein
2	17940	Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog	167	0,626	12770,8	
3	9779	Kronprinzenkoog	882	0,095	8232,2	
1	1225	Göpfersdorf	233	0,369	358,2	Thüringen
2	844	Rauschwitz	222	0,045	549,5	
3	806	Rohrberg	265	0,166	309,7	

Legende

Pkt. = Punkte entsprechend den Regeln der Solarbundesliga
 Einw. = Einwohner in der Kommune (Hauptwohnsitz)
 Wärme = Solarthermie in qm/Einwohner

Strom = Photovoltaik in Watt/Einwohner
 Die gesamten Tabellen mit allen Kommunen im Internet:
www.solarbundesliga.de

Goldsponsor	Silber-Sponsoren
	        
Bronze-Sponsoren	
REC Solar GmbH GRÖSCHEL_GEHEEB	Veranstalter: Solarthemen In Kooperation mit:  Deutsche Umwelthilfe

Berlin: Möglichst viel Sonne im Kindergarten



Foto: UfU e.V.

Auch im nächsten Jahr können Berliner Kindertageseinrichtungen an dem Projekt „Sonnenkinder“ teilnehmen. Es bietet Spiele und Experimente rund um das Thema Sonnenenergie für 4- bis 6-Jährige.

Interessierte Einrichtungen bekommen einen „Sonnenkinderkoffer“ mit den notwendigen Materialien, vier Besuchen eines Mitarbeiters des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU) und eine eintägige Fortbildung. Das Projekt wird in Berlin von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz finanziert. Die Fortbildung ist auch für Erzieher und Erzieherinnen aus anderen Bundesländern offen. baf www.ufu.de

Berlin: 20 Ligapunkte

Landkreis Ostallgäu: Möglichst viel Sonne im Tank

Ein kürzlich in der Ostallgäuer Stadt Buchloe gestartetes Projekt erforscht die intelligente Ladung von

Elektroautos an Park&Ride-Plätzen. Sie sollen genau dann laden, wenn viel Strom aus heimischen erneuerbaren Energiequellen im Netz ist.

Laut Buchloes Bürgermeister Josef Schweinberger kommen täglich mehr als 500 Pendler aus dem Allgäu nach Buchloe, um von dort aus mit der Bahn zu ihren Arbeitsplätzen in Augsburg oder München weiterzufahren. Am 1. Oktober startete eine Befragung, mit der das Pendlerverhalten analysiert und geeignete Teilnehmer für das Forschungsprojekt „ePlanB“ gefunden werden sollen.

Dazu werden am Bahnhof Buchloe Fragebögen an die Windschutzscheiben parkender Autos geklemmt. Wer eine ausreichend lange Strecke nach Buchloe pendelt, an dem Projekt teilnehmen möchte und bereit ist, seine Nutzerdaten zur Verfügung zu stellen, darf sechs Monate lang kostenlos ein Elektroauto benutzen – nicht nur zum Pendeln, sondern auch für andere private Zwecke. Parkt das Fahrzeug in Buchloe, schließt es der Fahrer an einen von 16 geplanten Ladepunkten an. Es soll genau dann geladen werden, wenn sich viel erneuerbarer Strom im Netz befindet.

Laut Johannes Fischer von der Koordinierungsstelle Klimaschutz beim Landkreis Ostallgäu ließe sich dies zum einen am jeweiligen Strompreis an der Strombörse ablesen, zum anderen wisse auch der Netzbetreiber, wann viel Strom aus erneuerbaren Energien in seinem Netz sei. Im Ostallgäu dominierten laut Fischer Wasserkraft und Solarenergie, gefolgt von Biogas und Wind.

An dem vom ehemaligen Landrat Johann Fleischhut initiierten Projekt „ePlanB“ sind außer dem Landkreis Ostallgäu und der Stadt Buchloe die Lechwerke AG, die LEW Verteilnetz GmbH und die Forschungsstelle für Energiewirtschaft beteiligt.

Das Gesamtbudget des Forschungsvorhabens liegt bei rund 1,3 Millionen Euro. Die Lechwerke tragen davon rund 650 000 Euro, der Freistaat Bayern knapp 600 000 Euro. Der Landkreis Ostallgäu und die Stadt Buchloe beteiligen sich mit jeweils 36 000 Euro. baf

www.lra-ostallgaeu.de

Landkreis Ostallgäu: 2825 Ligapunkte

TERMINE 2014

15. Oktober in Berlin: Ausschreibungskonzept für die Förderung von PV-Freiflächenanlagen,

www.energieverein.org

15. Oktober in Berlin: Kommunale Energie- und Klimaschutzkonzepte, www.kbw.de

17. und 18. Oktober in Fulda: Bürgerenergie-Konvent, www.buendnis-buergerenergie.de/konvent

23. Oktober in Berlin: Forum Wegweiser in das neue EEG, www.otti.de

23. Oktober in Amberg: Statusseminar Kleinwindkraftanlagen, www.carmen-ev.de

29. Oktober in Augsburg: Innovative Nahwärmenetze für den ländlichen Raum – Wärmepumpe, Solarthermie & Co, www.carmen-ev.de

4. November in Hannover: Windenergie, Natur- und Artenschutz, www.fachagentur-windenergie.de

4. und 5. November in Stuttgart: green2market, www.green2market.de

Ab 6. November in Oberhausen: Gebäudeenergieberater im Handwerk, www.hwk-duesseldorf.de

11. und 12. November in Kassel: 100% Erneuerbare-Energie-Regionen, www.100-ee-kongress.de

Tipps für Finanzierung von Aktionsplänen für nachhaltige Energie



Die Initiative „Konvent der Bürgermeister“ ruft Städte und Gemeinden dazu auf, ihren Beitrag zur Erreichung der 20-20-20 Klimaschutzziele der Europäischen Union (EU) zu leisten. Der „Konvent der Bürgermeister“ geht dabei mit gutem Vorbild voran: Die beteiligten europäischen Städte verpflichten sich freiwillig dazu, die energiepolitischen Vorgaben der EU noch zu übertreffen. Dazu bilanzieren sie zunächst ihre Emissionen und legen dann einen Aktionsplan für nachhaltige Energie vor, der die wichtigsten Maßnahmen enthält.

Eine der größten Herausforderungen für die über 5900 Konvent-Unterzeichner ist dabei die Finanzierung ihrer Aktionspläne. Anregungen und Tipps hierzu gibt das Forum (F22) „Konvent der Bürgermeister: Das Klima profitiert – Investitionen in den Klimaschutz“ am 12. November 2014, 13.30-16.30 Uhr, auf dem Kongress „100% Erneuerbare Energie Regionen“ in Kassel (11.+12. November 2014).

www.100-ee-kongress.de, www.konventderbuergermeister.eu

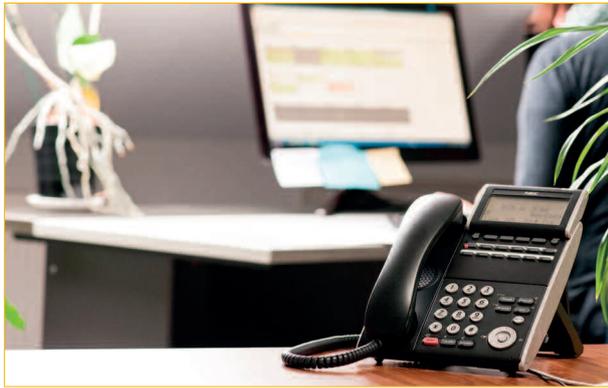


Foto: Klimabündnis

Kommunalbehörden, die kurz vor der Unterzeichnung beim Konvent stehen oder freiwillig ihre Energieeffizienz verbessern wollen, erhalten ebenfalls Unterstützung von Green ProcA. Das Projekt, das von der Berliner Energieagentur, dem Klima-Bündnis und weiteren Partnern durchgeführt wird, bietet Infos für Beschaffer, kostenlose Beratung und Trainingsmaßnahmen, Unterstützung bei Leuchtturmprojekten, einen deutschen Helpdesk sowie einen Wettbewerb.

Weitere Infos unter www.gpp-proca.eu/de

Belohnt für ihr Engagement in Sachen Beschaffung wurde kürzlich die Stadt Mainz: Als eine von drei Gewinnerinnen in der Kategorie „Kommunales Energie- und Klimaschutzmanager“ erhielt sie in Berlin 30000 Euro Preisgeld beim Bundeswettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2014“ (vgl. auch S.3) Eine wichtige Rolle spielt in Mainz die Analyse der Lebenszykluskosten. Dabei werden entstehende Kosten im Hinblick auf Anschaffung, Betrieb und Entsorgung betrachtet. Auch mit Einkaufskooperationen hat die Stadt gute Erfahrungen gemacht: Indem sie sich mit Nachbarkommunen zusammen tut, erzielt sie günstigere Konditionen.

Umweltfreundliche Beschaffung



Green ProcA
Grüne Beschaffung in Aktion

Das EU-Projekt „Grüne Beschaffung in Aktion“ (Green ProcA) will öffentliche Beschaffung umweltfreundlicher machen. Es setzt sich dafür ein, das Thema stärker in die Aktionspläne für nachhaltige Energie (SEAPs) der Kommunen einzubinden, die Unterzeichner des Konvents der Bürgermeister sind.

Das EU-Projekt „Grüne Beschaffung in Aktion“ (Green ProcA) will öffentliche Beschaffung umweltfreundlicher machen. Es setzt sich dafür ein, das Thema stärker in die Aktionspläne für nachhaltige Energie (SEAPs) der Kommunen einzubinden, die Unterzeichner des Konvents der Bürgermeister sind.



295 freie Stellen!
Im Online-Stellenmarkt (Stand 19.9.2014)

Magistrat der Stadt Kassel	Klimaschutzmanager (m/w)	Kassel
Green City Energy AG	Controller (m/w) im Bereich Erneuerbare Energien	München
Enercon GmbH	Bauingenieur (m/w) für Tragwerksplanung	Aurich
fechnerMEDIA GmbH	Personal Assistant (m/w)	Großraum München
Passivhaus Institut Dr. Wolfgang Feist	Unterstützung für Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikation (m/w)	Darmstadt
Naturstrom AG	Fachplaner Netze und Umspannwerke (m/w)	Forchheim
Magistrat der Stadt Eschborn	Klimaschutzmanager (m/w)	Eschborn
Energie Agentur Steiermark gGmbH	Verfahrenstechniker (m/w) Energiesysteme	Graz
B.A.U.M. e.V.	Projektmanager (m/w)	Hamburg
LandBeratung Mitte GmbH	Fachberater (m/w) für Biogasproduktion	Rendsburg

www.eejobs.de

kontakt@eejobs.de

Recht. Engagiert. MASLATON.

Für den Erfolg Ihres Projekts - mit Energie, Kompetenz und Herzblut.

Anje Böhlmann-Balan



MASLATON
Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH
Leipzig · München · Köln
www.maslaton.de



UmweltBank

Telefon 0911 / 53 08 - 195
Lauftortgraben 6 · 90489 Nürnberg
www.umweltbank.de/solar
solarkredit@umweltbank.de

Leistungsprognosen für Windkraft- und Solaranlagen



Erneuerbare Energien sichtbar und planbar machen **www.enercast.de**

IngenieurBüro Dr. Bergmann
TÜV-zertifizierter Gutachter für Photovoltaikanlagen



In den Folgen 23a
98704 Langewiesen
☎ 03677 / 46 34 34
✉ info@ibb-ilmenau.de
www.ibb-ilmenau.de

- Ertragsgutachten
- Techn. Anlagenüberprüfungen und -abnahmen
- Thermographie und Kennlinienmessungen

actensys energie(er)leben



Ihr kompetenter Partner für ...

- ✓ Beratung & Planung
- ✓ Service & Wartung
- ✓ Elektrodienstleistung
- ✓ Photovoltaik & Speicher
- ✓ Energie & Bau
- ✓ Intelligente Energie

INGENIEUR GEPRÜFTE QUALITÄT UND SERVICE

info@actensys.de • www.actensys.de

Wissen nutzen - erfolgreicher sein!



Erneuerbare Energien

2. Anwenderforum – Direkteinspeisung, Eigenverbrauch und Speicherung von PV-Strom
20. bis 21. Oktober 2014 in Köln

4th Industry Summit for Markets, Costs and Technology Solar meets glass
20. bis 21. Oktober 2014 in Düsseldorf

Fachforum Netzanschluss von PV-Anlagen
22. bis 23. Oktober 2014 in Kassel

Forum Wegweiser durch das neue EEG – Angepasste Geschäftsmodelle, Ansätze und Umsetzungen aus der Praxis
23. Oktober 2014 in Berlin

Management

Elektrotechnisches Grundwissen für Nichttechniker
15. bis 17. Oktober 2014 in Regensburg

Konstruktive Gesprächsführung
12. bis 13. November 2014 in Regensburg

Praxiswissen Betriebswirtschaft für technische Führungskräfte
19. bis 21. November 2014 in Regensburg

Praxiswissen Einkauf
25. bis 26. November 2014 in Regensburg

www.otti.de



www.biohaus-stiftung.org

BIOHAUS-Stiftung
für Umwelt und Gerechtigkeit



Für unsere Projekte suchen wir
Fachplaner, Module, WR, Haltesysteme, Kabel ...
Infos unter +49.172.520.75.23

tetraeder.solar ingenieurgesellschaft

potenzialanalysen für erneuerbare energien · geoinformation



tetraeder.solar gmbh
Wißstraße 18
44137 Dortmund
Telefon: 0231 1891717
E-Mail: info@tetraeder.com
Web: solar.tetraeder.com

Marktplatz Energiekommune - jetzt buchen!

Wir möchten einen Firmeneintrag auf dem Marktplatz Energiekommune buchen.

Größe:	58 x 30 mm	58 x 65 mm	58 x 100 mm	Firma:	<input type="text"/>
Rabattstaffel:				Straße:	<input type="text"/>
3-mal (Grundpreis)	<input type="checkbox"/> 225,- Euro	<input type="checkbox"/> 450,- Euro	<input type="checkbox"/> 675,- Euro	PLZ, Ort:	<input type="text"/>
6-mal (- 20 %)	<input type="checkbox"/> 360,- Euro	<input type="checkbox"/> 720,- Euro	<input type="checkbox"/> 1080,- Euro	Tel., Fax, E-Mail:	<input type="text"/>
12-mal (- 40 %)	<input type="checkbox"/> 540,- Euro	<input type="checkbox"/> 1080,- Euro	<input type="checkbox"/> 1620,- Euro	Ansprechpartner:	<input type="text"/>
				Datum und Unterschrift:	<input type="text"/>

Fax: 05731 83469 • Verlag Bröer & Witt GbR, Bültestr. 70 b, 32584 Löhne
Beratung: Ute Meyer-Heinemann, Tel. 0176 42068868, werbung@solarthemen.de, www.energiekommune.info/mediadaten